

Merkblatt zur Einhaltung von Finanzsanktionen

Stand: August 2020

Inhaltsübersicht

I.	Einleitung	1
II.	Zuständigkeiten	1
III.	Einzelne Maßnahmen – Überblick.....	2
A.	Verfügungs- und Bereitstellungsverbote.....	2
B.	Beschränkungen des Zahlungsverkehrs	3
C.	Verbote und Genehmigungsvorbehalte bei der Bereitstellung von Finanzhilfen und Finanzmitteln.....	4
D.	Meldepflichten.....	4
IV.	Informationen zu den Sanktionsregimen	5
V.	„Vorbildliche Verfahren“ zur Einhaltung von Finanzsanktionen.....	7
A.	Geschäftsorganisation, Internes Kontrollsystem (IKS) und Interne Revision	7
1	Verantwortung	7
2	Arbeitsanweisungen und Kontrolle der Geschäftsprozesse	7
3	Compliance-Funktion und Berichtswesen.....	8
4	Prüfungen durch die Interne Revision.....	8
5	Dokumentation	8
B.	IT-Systeme und Auslagerungen	9
1	IT-Systeme.....	9
2	Auslagerungen	9
C.	Einhaltung von Bereitstellungs-, Verfügungs- und Finanzierungsverboten	9
1	Neue Kundenbeziehungen (Neukundenanlage)	10
2	Kundenbestand	10
3	Zahlungsverkehr.....	10
4	Handels- und Projektfinanzierungen.....	11
5	Wertpapiergeschäft	11

Dieses Merkblatt wird von der Deutschen Bundesbank zu Informationszwecken veröffentlicht. Es setzt Schwerpunkte und erhebt deswegen keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Stand: August 2020

I. Einleitung

Beschränkungen im Bereich des Kapital- und Zahlungsverkehrs bestehen u.a. im Zusammenhang mit (Finanz-) Sanktionen (darunter auch die Sanktionsregime zur Verhinderung der Terrorismus- und der Proliferationsfinanzierung).

Grundlage der in Deutschland geltenden Sanktionen sind Entscheidungen

- des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN),
- des Rates der Europäischen Union (EU),
- der inländischen Behörden (Einzeleingriff des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auf der Grundlage von § 6 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 und 2 AWG).

Während die Beschlüsse des VN-Sicherheitsrates einer Umsetzung in nationales oder europäisches Recht bedürfen, gelten Verordnungen des Rates der EU auf dem Gebiet des Außenwirtschaftsrechts (teilweise erlassen, um Resolutionen des VN-Sicherheitsrates umzusetzen) unmittelbar.

Verstöße gegen Finanzsanktionsrechtsakte können gemäß §§ 18 und 19 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) sowie § 82 Außenwirtschaftsverordnung (AWV) als Ordnungswidrigkeit und in bestimmten Fällen auch als Straftat geahndet werden. In zivilrechtlicher Hinsicht können Geschäfte, die gegen finanzsanktionsrechtliche Verbote verstoßen, außerdem gemäß § 134 BGB nichtig sein.

Ziel des vorliegenden Merkblattes ist es, Personen und Unternehmen im Finanzsektor eine Orientierung zu geben, auf welche Art und Weise den Vorgaben der in Deutschland geltenden Finanzsanktionen entsprochen werden kann und welche Maßnahmen von den Verpflichteten erwartet werden, um Verstößen gegen Finanzsanktionen wirksam vorzubeugen.

II. Zuständigkeiten

Die Deutsche Bundesbank ist nach dem Außenwirtschaftsgesetz sowie auch nach Vorgabe der einschlägigen Rechtsverordnungen des Rates der EU zuständig für die Umsetzung von Sanktionsmaßnahmen der EU in Deutschland, soweit diese „Gelder“ im finanzsanktionsrechtlichen Sinn betreffen („Finanzsanktionen“). Der Begriff der „Gelder“ wird im Finanzsanktionsrecht dabei weit ausgelegt und bezieht sich nicht nur auf Bar- und Buchgeld, sondern umfasst allgemein „finanzielle Vermögenswerte und Vorteile jeder Art“ wie bspw. Schecks, Geldforderungen, Wechsel, öffentlich und privat gehandelte Wertpapiere und Schuldtitel einschließlich Aktien und Anteilen, Optionsscheine, Pfandbriefe, Derivate, Zinserträge, Dividenden etc.¹

¹ Eine Definition des Begriffs befindet sich jeweils in den einschlägigen Verordnungen, so bspw. Art. 1 Buchstabe I) VO (EU) 267/2012 (Sanktionsregime Iran); Art. 1 Nr. 1 VO (EG) 881/2002 (Sanktionsregime ISIL/Al-Qaida).

Die operativen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung von Sanktionsmaßnahmen werden durch das Servicezentrum Finanzsanktionen der Deutschen Bundesbank in München (SZ FiSankt) wahrgenommen. Darüber hinaus überwachen die Servicezentren Außenwirtschaftsprüfungen und Meldefragen (SZ AW) der Deutschen Bundesbank die Einhaltung der Finanzsanktionen im Finanzsektor im Rahmen von Vor-Ort-Prüfungen. Rechtsgrundlage für die Prüfungen ist § 23 Abs. 2 AWG. Gemäß § 23 Abs. 1 AWG können zu diesem Zweck auch Auskünfte und die Vorlage von Unterlagen verlangt werden.

Für Sanktionen im Bereich Güter, wirtschaftliche Ressourcen, technische Hilfe, Vermittlungsdienste, Dienstleistungen und Investitionen ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn zuständig.

III. Einzelne Maßnahmen – Überblick

A. Verfügungs- und Bereitstellungsverbote

Zu den wichtigsten und schwerwiegendsten Maßnahmen bei der Anwendung von Finanzsanktionen gehört die Verhängung von **Verfügungs-** und **Bereitstellungsverböten** gegen bestimmte jeweils in den Anhängen der verschiedenen EU-Sanktionsverordnungen aufgeführte (natürliche und juristische) Personen, Organisationen und Einrichtungen.

Das „**Einfrieren von Geldern**“ (so die übliche Bezeichnung für die Verhängung eines umfassenden Verfügungsverbot) wird in den Finanzsanktionsverordnungen² definiert als die:

„Verhinderung jeglicher Form der Bewegung, des Transfers, der Veränderung und der Verwendung von Geldern sowie des Zugangs zu ihnen oder ihres Einsatzes, wodurch das Volumen, die Höhe, die Belegenheit, das Eigentum, der Besitz, die Eigenschaften oder die Zweckbestimmung der Gelder verändert oder sonstige Veränderungen bewirkt werden, die eine Nutzung der Gelder einschließlich der Vermögensverwaltung ermöglichen.“

Institute, unter deren Kunden und/oder Geschäftspartnern sich sanktionierte Personen oder Unternehmen befinden, haben daher sicherzustellen, dass etwaige Gelder dieser Kunden/Geschäftspartner nicht (bzw. nicht ohne behördliche Genehmigung) abverfügt werden.

Wichtig: Finanzsanktionsrechtliche Verfügungsverbote beziehen sich nicht allein auf die Gelder, die im **Eigentum** einer bestimmten Person, Organisation oder Einrichtung befinden, sondern auch auf solche, die von ihr **kontrolliert** werden.

Durch finanzsanktionsrechtliche **Bereitstellungsverböte** soll verhindert werden, dass Gelder sanktionierten Personen, Organisationen oder Einrichtungen direkt oder mittelbar zugutekommen.

² Vgl. hierzu beispielhaft: Art. 1 Buchstabe k) VO (EU) 267/2012, Art. 2 Abs. 11 VO (EU) 2017/1509 (Sanktionsregime Nordkorea).

Während Verfügungsverbote primär bei beabsichtigten Verfügungen über Gelder sanktionierter Kunden/Geschäftspartner zur Anwendung kommen können, sind Bereitstellungsverbote allgemein (d.h. grundsätzlich bei allen Arten von Geschäften sowie auch im Zahlungsverkehr) zu beachten.

Um geltende finanzsanktionsrechtliche Verfügungs- und Bereitstellungsverbote einhalten zu können, ist es für Unternehmen im Finanzsektor wichtig,

- sich Informationen über bestehende Finanzsanktionsmaßnahmen zu verschaffen und
- Vorkehrungen für den Fall zu treffen, dass diese Maßnahmen für das eigene Geschäft relevant werden.

Einige dieser Vorkehrungen sind in diesem Text unter Abschnitt V. näher beschrieben.

Weitere Hilfestellungen für die Beurteilung der Fragen, wann Gelder von einer sanktionierten Person kontrolliert werden, wann von einer mittelbaren Bereitstellung von Geldern auszugehen ist und zu weiteren Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Verfügungs- und Bereitstellungsverboten, können den „*Vorbildlichen Verfahren der EU für die wirksame Umsetzung restriktiver Maßnahmen*“ („Best Practices“) der Ratsarbeitsgruppe der Gruppe der Referenten für Außenbeziehungen (RAG RELEX) entnommen werden (vgl. hierzu auch die unter Abschnitt IV. angegebenen Links).

B. Beschränkungen des Zahlungsverkehrs

In manchen Fällen werden durch Finanzsanktionen der EU nicht nur Verfügungs- und Bereitstellungsverbote in Bezug auf bestimmte Personen, Organisationen oder Einrichtungen verhängt, sondern auch allgemeine Einschränkungen (Verbote und/oder Genehmigungsvorbehalte sowie ggf. Meldevorschriften) im Zahlungsverkehr mit bestimmten Ländern aufgestellt.

Für Zahlungsdiensteanbieter ist es notwendig, entsprechende Zahlungen in der Masse der zu bearbeitenden Vorgänge aufzuspüren und sicherzustellen, dass die Abwicklung nur erfolgt, wenn die hierfür erforderlichen Verfahrensschritte eingehalten werden.

Derzeit sind allgemeine Beschränkungen des Zahlungsverkehrs nur im Finanzsanktionsregime der EU gegen Nordkorea vorgesehen (vgl. Kapitel IV der Verordnung (EU) 2017/1509).³

³ Unabhängig davon bestehen spezifische Beschränkungen gegenüber sogenannten „High-Risk Jurisdictions subject to a Call for Action“ der Financial Action Task Force (FATF). High-Risk Jurisdictions weisen erhebliche Defizite bei der Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferationsfinanzierung auf; momentan sind Iran und Nordkorea als High-Risk Jurisdictions benannt. Angesichts des aktuell vorliegenden Aufrufs der FATF, effektive Gegenmaßnahmen im Sinne von Empfehlung 19 gegenüber dem Iran und Nordkorea zu erlassen, wurde durch Allgemeinverfügungen der BaFin eine Meldepflicht bei Geschäftsbeziehungen und Transaktionen mit Bezug zum Iran oder Nordkorea angeordnet.

C. Verbote und Genehmigungsvorbehalte bei der Bereitstellung von Finanzhilfen und Finanzmitteln

Bestimmte Finanzsanktionsregimes enthalten Einschränkungen (Verbote oder Genehmigungsvorbehalte) bei der Gewährung von Finanzhilfen und –mitteln (Kredite, Garantien, Akkreditive, Bürgschaften etc.) im Zusammenhang mit dem Handel bestimmter Waren oder Dienstleistungen. Da diese Einschränkungen häufig nicht an den Sitz der Vertragsparteien eines Handelsgeschäfts in einem bestimmten Land anknüpfen, sondern an den beabsichtigten Verwendungsort einer Ware oder den Ort der Erbringung der Dienstleistung, können entsprechende Maßnahmen auch dann greifen, wenn keiner der Vertragspartner seinen Sitz in einem sanktionierten Land hat.

Personen und Unternehmen, die Handelsfinanzierungen erbringen, müssen über den Hintergrund der von ihnen abgeschlossenen Finanzierungsgeschäfte informiert sein, um einschlägige Verbote oder Genehmigungsvorbehalte erkennen und beachten zu können. Hierbei kann auf alle vorliegenden Erkenntnisquellen zurückgegriffen werden. Eine allgemeine Nachforschungspflicht wird durch Finanzsanktionen der EU jedoch nicht begründet.

D. Meldepflichten

Ein effektiver Einsatz von Finanzsanktionen durch die Europäische Union sowie auch eine effiziente Umsetzung der Maßnahmen durch die zuständigen Behörden ist nur gewährleistet, wenn ausreichende Informationen über die Auswirkungen und Ergebnisse beschlossener Maßnahmen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund sind in den Finanzsanktionsverordnungen umfangreiche Mitwirkungs- und Informationspflichten festgehalten. Durch sie ist Jedermann verpflichtet, Informationen, die die Anwendung der Finanzsanktionsverordnungen erleichtern, wie etwa Informationen über eingefrorene Konten und Beträge, unverzüglich den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten (in Deutschland also der Deutschen Bundesbank) zu übermitteln und mit diesen Behörden bei der Überprüfung der Informationen zusammenzuarbeiten⁴. Für Meldungen dieser Art kann die folgende E-Mailadresse des SZ FiSankt genutzt werden:

sz.finanzsanktionen@bundesbank.de

Das SZ FiSankt fragt Informationen über eingefrorene Konten und Beträge in Deutschland aktiv durch den Versand von E-Mail-Rundschreiben an alle in Deutschland ansässigen Kreditinstitute ab, wenn Finanzsanktionen gegen neue Adressaten verhängt oder wenn Namen (auch Aliase) oder sonstige Identifikationsmerkmale von bereits sanktionierten Personen, Organisationen oder Einrichtungen geändert werden. Die Kreditinstitute werden dabei aufgefordert, etwaige eingefrorene Gelder, die bei ihnen gehalten werden, innerhalb einer Woche an

⁴ Vgl. bspw. Art. 40 Abs. 1 der Verordnung (EU) 267/2012 (Sanktionsregime Iran), Art 5 Abs. 1 der Verordnung (EG) 881/2002 (Sanktionsregime ISIL/Al-Qaida).

das SZ FiSankt zu melden. Kreditinstitute, bei denen keine eingefrorenen Gelder vorhanden sind, werden aufgefordert, eine Fehlanzeige zu erstatten.

Von den in Deutschland ansässigen Instituten wird erwartet, dass sie die Abfragen des SZ FiSankt umgehend (in der Regel ist hierfür ein Zeitfenster von einer Woche vorgesehen) und zutreffend beantworten.

Zum Schutz der Vertraulichkeit ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die auf diese Weise erhobenen Informationen nur zum Zweck einer effektiven Anwendung der jeweils einschlägigen Finanzsanktionsmaßnahmen verwendet werden dürfen.

Das Vorhandensein und die zuverlässige Funktion entsprechender Prozesse bei den Instituten kann auch Gegenstand von Vor-Ort-Prüfungen der SZ AW auf der Grundlage von § 23 Abs. 2 AWG sein.

IV. Informationen zu den Sanktionsregimen

Nähere Informationen zu den einzelnen Sanktionsregimen und zu den EU-Verordnungen sowie zu (temporären) Einzeleingriffen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter

<https://www.bundesbank.de/de/service/finanzsanktionen/sanktionsregimes>

abrufbar.

Das Servicezentrum Finanzsanktionen der Deutschen Bundesbank ist unter der Telefonnummer +49 89 2889 3800 (Hotline) zu erreichen.

In der EU werden VN-Sanktionen durch EU-Verordnungen umgesetzt, die unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat gelten. Darüber hinaus erlässt die EU im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eigene Sanktionen auf der Grundlage der Art. 28 und 29 des Vertrages über die Europäische Union und Art. 215 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Konsolidierte Fassungen der EU-Finanzsanktionsverordnungen werden – als (inoffizielle) Arbeitshilfe – durch das Internetportal

<https://eur-lex.europa.eu>

des Amtes für Veröffentlichungen der EU bereitgestellt.

Diese konsolidierten Fassungen sind regelmäßig auch im EU-Übersichtsportal „Sanctions Map“ abrufbar, das einen schnellen und umfassenden Überblick über die im Hinblick auf ein bestimmtes Land oder bestimmte Gruppierungen in Kraft befindlichen Sanktionsmaßnahmen bietet:

<https://sanctionsmap.eu/#/main>

Dort finden sich auch Informationen zu den Personen, Organisationen und Einrichtungen, die im Rahmen eines bestimmten Sanktionsregimes gelistet sind. Eine konsolidierte Liste von Personen, Organisationen und Einrichtungen, für die aufgrund einer Maßnahme der EU ein umfassendes Verfügungs- und Bereitstellungsverbot besteht, kann darüber hinaus unter

https://eeas.europa.eu/topics/common-foreign-security-policy-cfsp/8442/consolidated-list-of-sanctions_en

abgerufen werden.

Eine Prüfung, ob einzelne Personen, Sanktionsmaßnahmen der EU unterliegen, kann auch auf der Internetseite

<https://www.finanz-sanktionsliste.de/fisalis/>

durchgeführt werden, die auf der konsolidierten EU-Sanktionsliste aufbaut.

In Ausnahmefällen, insbesondere zur zeitnahen Umsetzung von VN-Sanktionen, können in Deutschland auf der Grundlage der §§ 4 und 6 des AWG auch nationale Verfügungs- und Bereitstellungsverbote in Form von Einzeleingriffen erlassen werden. Diese werden im amtlichen Teil des Bundesanzeigers unter

<https://www.bundesanzeiger.de>

veröffentlicht.

Die „Vorbildlichen Verfahren der EU für die wirksame Umsetzung restriktiver Maßnahmen“ der Ratsarbeitsgruppe der Gruppe der Referenten für Außenbeziehungen (RAG RELEX) finden sich unter

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/>

und sind ebenfalls in der „Sanctions Map“ (s.o.) bei den einzelnen Sanktionsregimen unter „Guidelines“ abrufbar.

V. „Vorbildliche Verfahren“ zur Einhaltung von Finanzsanktionen

Um Finanzsanktionen einhalten zu können, müssen Institute geeignete Kontrollen und Prozesse implementieren. Die in diesem Merkblatt formulierten „Vorbildlichen Verfahren“ („Best Practices“) für den Finanzsektor zur Einhaltung der Finanzsanktionen greifen die Empfehlungen der RAG RELEX und der Financial Action Task Force (FATF)⁵ auf und knüpfen an Maßstäbe an, die sich aus anderen Regelungen ableiten lassen. Hierzu zählen insbesondere das Kreditwesengesetz, die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und das Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG).

Die „Vorbildlichen Verfahren“ sollen Instituten/Unternehmen eine Orientierung bei der Implementierung von Kontrollen und Prozessen zur Einhaltung der Finanzsanktionen geben. Dabei sollten sich die Kontrollen und Prozesse am sanktionsrechtlichen Risikogehalt der Geschäfte und der Geschäftsbeziehungen orientieren.

Diese „Vorbildlichen Verfahren“ haben keinen gesetzlichen Charakter. Eine bußgeldliche oder strafrechtliche Relevanz (§§ 18 f. AWG) könnte sich jedoch ergeben, wenn ein Verstoß gegen ein Finanzsanktionsregime festgestellt wird, der ursächlich auf unzureichende Kontrollen oder Prozesse zurückgeführt werden kann und die zuständigen Behörden oder Gerichte zu der Auffassung gelangen, dass die im Verkehr erforderliche Sorgfalt nicht eingehalten wurde. Dies gilt besonders, wenn die Deutsche Bundesbank das betroffene Institut auf die für den Verstoß ursächlichen unzureichenden Kontrollen oder Prozesse bereits hingewiesen haben sollte (beispielsweise im Rahmen einer Außenwirtschaftsprüfung).

A. Geschäftsorganisation, Internes Kontrollsystem (IKS) und Interne Revision

1 Verantwortung

Um die Finanzsanktionen effektiv einzuhalten, ist eine klare Definition und Abstimmung von Prozessen und den damit verbundenen Aufgaben, Kompetenzen, Kontrollen, Verantwortlichkeiten, Eskalationsstufen bei der Verdachtsfallbearbeitung sowie Kommunikationswegen unerlässlich.

2 Arbeitsanweisungen und Kontrolle der Geschäftsprozesse

Die Geschäftsleitung des Instituts/Unternehmens hat sicherzustellen, dass die Geschäftsaktivitäten auf der Grundlage von Organisationsrichtlinien betrieben werden. Für die Einhaltung der Finanzsanktionen müssen für die Compliance-Funktion und ggf. dezentral für einzelne

⁵ Deutschland ist Gründungsmitglied der seit 1989 bestehenden Financial Action Task Force (FATF). Die FATF ist der wichtigste internationale Standardsetzer für die Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferationsfinanzierung. Zur Einhaltung von Finanzsanktionen hat die FATF zwei Empfehlungen veröffentlicht: Empfehlung 6 zu gezielten Finanzsanktionen im Zusammenhang mit Terrorismus und Terrorismusfinanzierung und Empfehlung 7 zu gezielten Finanzsanktionen im Zusammenhang mit Proliferation.

Bereiche wie bspw. Zahlungsverkehr, Kundenannahme, Dokumentengeschäft Handbücher, schriftlich fixierte Arbeitsanweisungen oder Arbeitsablaufbeschreibungen vorhanden sein. Der angemessene Detaillierungsgrad der Organisationsrichtlinien hängt von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten ab.

Die schriftlich fixierten Arbeitsanweisungen müssen den betroffenen Beschäftigten in geeigneter Weise bekanntgemacht werden. Es ist sicherzustellen, dass sie den Beschäftigten in der jeweils aktuellen Fassung zur Verfügung stehen. Die Beschäftigten sind regelmäßig zu schulen.

Die Handbücher und Arbeitsanweisungen sind bei Veränderungen der Aktivitäten und Prozesse zeitnah anzupassen.

In jedem Geschäftsbereich eines Instituts/Unternehmens ist sicherzustellen, dass die Vorgaben in den Handbüchern und Arbeitsanweisungen zur Einhaltung der Finanzsanktionen erfüllt werden. Hierfür sind angemessene Kontrollen der Geschäftsprozesse einzurichten. Dies ist organisatorisch sicherzustellen.

3 Compliance-Funktion und Berichtswesen

Die Compliance-Funktion hat auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der Finanzsanktionen und entsprechender Kontrollen hinzuwirken und diese Kontrollen zu überwachen. Die Compliance-Funktion sollte die Geschäftsleitung insbesondere hinsichtlich der Umsetzung der grundlegenden rechtlichen Regelungen unterstützen und beraten. Compliance-Beauftragte sollten im Hinblick auf die Einhaltung der Finanzsanktionen regelmäßig an die Geschäftsleitung Bericht erstatten. Wesentliche Informationen im Hinblick auf Finanzsanktionen sind unverzüglich an die Geschäftsleitung weiterzuleiten

4 Prüfungen durch die Interne Revision

Die Aktivitäten und Prozesse des Unternehmens zur Einhaltung von Finanzsanktionen sind, auch wenn diese ausgelagert sind, in angemessenen Abständen, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren zu prüfen. Wenn besondere Risiken bestehen, ist jährlich zu prüfen. Bei unter Risikogesichtspunkten nicht wesentlichen Aktivitäten und Prozessen kann vom dreijährigen Turnus abgewichen werden. Die Risikoeinstufung der Aktivitäten und Prozesse ist regelmäßig zu überprüfen und entsprechend zu dokumentieren.

5 Dokumentation

Alle Kontrollen und Prozesse im Zusammenhang mit Finanzsanktionen sind zu dokumentieren. Die angefertigten Kontroll- und Überwachungsunterlagen einschließlich jener über die Bearbeitung von Verdachtsfällen (und die hierbei angewandten Entscheidungskriterien) sind

systematisch, für sachkundige Dritte nachvollziehbar abzufassen und entsprechend den jeweils einschlägigen gesetzlichen Regelungen (z.B. § 147 der Abgabenordnung, § 257 des Handelsgesetzbuches) aufzubewahren. Die Aktualität und Vollständigkeit der Aktenführung ist sicherzustellen.

B. IT-Systeme und Auslagerungen

1 IT-Systeme

Es wird erwartet, dass die Institute/Unternehmen IT-gestützte Screeningsysteme oder andere an den betrieblichen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie der Risikosituation orientierte Verfahren einsetzen, um im Falle von Neulistungen Konten, Depots und Vermögenswerte unverzüglich sperren bzw. einfrieren zu können und bestehende Verfügungs- und Bereitstellungsverbote auch im Zahlungsverkehr einhalten zu können.

Die IT-Systeme sind vor ihrem erstmaligen Einsatz und nach wesentlichen Veränderungen zu testen und von den fachlich sowie auch von den technisch zuständigen Beschäftigten abzunehmen. Darüber hinaus sind die IT-Systeme und die Methodik regelmäßig zu validieren, um die Zweckmäßigkeit bzw. Funktionsweise zu prüfen.

2 Auslagerungen

Die Verantwortung für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse, die der Einhaltung von Finanzsanktionen dienen, bleibt beim auslagernden Institut/Unternehmen. Es hat die ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse ordnungsgemäß zu überwachen und zu dokumentieren. Dies umfasst auch, die Leistung des Auslagerungsunternehmens anhand vorzuhaltender Kriterien regelmäßig zu beurteilen.

Das Institut/Unternehmen hat bei wesentlichen Auslagerungen für den Fall der beabsichtigten oder erwarteten Beendigung der Auslagerungsvereinbarung Vorkehrungen zu treffen, um die Kontinuität und Qualität der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse auch nach deren Beendigung zu gewährleisten.

C. Einhaltung von Bereitstellungs-, Verfügungs- und Finanzierungsverboten

Das Institut/Unternehmen hat in allen von Finanzsanktionen betroffenen Geschäftsbereichen und Prozessen geeignete Techniken, Verfahren und Methoden zu implementieren, um Bereitstellungs- und Verfügungsverbote im Hinblick auf sanktionierte natürliche oder juristische Personen wirksam umsetzen zu können. Ferner sind entsprechende Prozesse einzurichten, um Anzeigepflichten an das SZ FiSankt beachten und notwendige Genehmigungen durch das SZ FiSankt einholen zu können. Die Aktualität der jeweils verwendeten Sanktionslisten und Datenquellen ist sicherzustellen.

Im Einzelnen:

1 Neue Kundenbeziehungen (Neukundenanlage)

Im Rahmen **der Neuanlage** von Kunden/Geschäftspartnern ist von gesetzlich normierten Ausnahmen abgesehen anhand amtlicher Ausweisdokumente eine Identitätsprüfung vorzunehmen und daran anschließend (spätestens vor der Gewährung von Zugriffsrechten oder der sonstigen Einräumung von Verfügungsmöglichkeiten über Gelder⁶) eine Prüfung auf mögliche Sanktionsmaßnahmen durchzuführen. Die Namen und Daten der Kunden/Geschäftspartner sind korrekt zu erfassen und die Prüfungen in geeigneter Weise zu dokumentieren. Treten im Rahmen der Vertragsanbahnung oder später für den Vertragspartner eine oder mehrere andere Personen als Verfügungsberechtigte oder Bevollmächtigte auf, die Zugriff auf Gelder haben könnten, die im Rahmen der Kundenbeziehung verwaltet werden, so sind auch diese Personen in entsprechender Weise zu identifizieren und zu überprüfen. Gleiches gilt für identifizierte wirtschaftlich Berechtigte.

2 Kundenbestand

Nach Inkrafttreten eines Rechtsaktes sind sanktionierte natürliche und juristische Personen im Kundenbestand zu identifizieren und deren Konten/Depots/Vermögenswerte unverzüglich zu sperren. Voraussetzung dafür ist eine Überprüfung des gesamten Kundenbestandes und der im Rahmen der Geschäftsbeziehungen verfügungsberechtigten und verfügungsbefähigten Personen und Organisationen anhand von aktuellen Datenquellen. Hat die Deutsche Bundesbank zu dem neuen Rechtsakt ein Rundschreiben verteilt und dieses mit einem Auskunftersuchen verbunden, so ist das Ergebnis der Prüfung der Deutschen Bundesbank mitzuteilen (vgl. hierzu im Einzelnen die Darstellungen unter Abschnitt III. D).

3 Zahlungsverkehr

Im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr sind mindestens folgende Felder mit den jeweils aktuellen Sanktionslisten abzugleichen: Zahlungsempfänger (Begünstigter), Zahlungsdienstleister des Empfängers, Zahler (Auftraggeber), Zahlungsdienstleister des Zahlers (Auftraggebers) sowie Verwendungszweck (bspw. mittels Schlagwortsuche). Dies gilt nicht, soweit ein Abgleich bereits im Rahmen der fortlaufenden Prüfung des Kundenbestandes stattfindet (vgl. hierzu Ziff. 2 oben).

Im unbaren innerdeutschen Zahlungsverkehr kann bis auf Weiteres beim Institut des Auftraggebers eine Überprüfung, ob der Zahlungsempfänger von außenwirtschaftsrechtlichen Beschränkungen betroffen ist, unterbleiben. Die allgemeinen Pflichten zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (z.B. § 25 h Abs. 2 KWG) bleiben unberührt.

⁶ Gemeint ist hier der Begriff der „Gelder“ im finanssanktionsrechtlichen Sinn (vgl. hierzu FN. 1).

Daneben ist bei Zahlscheingeschäften die Identität des Auftraggebers zu überprüfen und der Auftraggeber, der Empfänger sowie das Empfängerinstitut einer Sanktionsprüfung zu unterziehen.

4 Handels- und Projektfinanzierungen

Im Bereich der Handels- und Projektfinanzierungen sind alle an der jeweiligen Handels- oder Projektfinanzierung Beteiligten zu erfassen und mit aktuellen Sanktionslisten abzugleichen, sofern die Parteien nicht bereits in den Kundenstammdaten hinterlegt und daher Gegenstand der anlassbezogenen (oder regelmäßigen) Überprüfung des Kundenbestandes sind.⁷ Je nach Sanktionsregime und Bestimmungs- bzw. Ursprungsland sind risikobasiert weitere Beteiligte wie Frachtführer, Schiffe und Flugzeuge sowie bestimmte Seehäfen und ggf. Transit-zonen in die Prüfung einzubeziehen und auf erkennbare mittelbare Bereitstellung an gelistete Personen oder Einrichtungen zu achten. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass durch die Abwicklung der Finanzierung nicht gegen bestehende Verfügungs- oder Bereitstellungsverbote verstoßen wird.

Bei der Auslegung eines Akkreditivs, der Gewährung eines Kredits, der Stellung von Garantien, Bürgschaften oder dergleichen sind zudem etwaige sanktionsrechtliche Einschränkungen bei der Gewährung von Finanzhilfen oder Finanzmitteln in Bezug auf bestimmte Handelsgeschäfte zu beachten. Daher sollte nicht nur ein etwaiger Sanktionsstatus des Ziellands berücksichtigt, sondern immer auch der Verwendungsort abgefragt werden. Insbesondere bei Geschäften mit erkennbarem Bezug zu sanktionierten Ländern oder bei der Finanzierung von Handelsgeschäften im Dual-Use-Bereich sind geeignete Verfahren und Prozesse zu definieren um sicherzustellen, dass einschlägige Finanzierungsverbote oder Genehmigungsvorbehalte berücksichtigt werden. Bei der Prüfung, inwieweit eine geplante Bereitstellung von Finanzmitteln oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit einem sanktionierten Handelsgeschäft steht und daher Einschränkungen unterliegt, kann auf Dokumente der Zollbehörden oder des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zurückgegriffen werden, sofern diese vorliegen.

5 Wertpapiergeschäft

Bei Wertpapiergeschäften ist sicherzustellen, dass bestehende **Bereitstellungs- und Verfügungsverbote** sowie etwaige spezifische Beschränkungen eingehalten werden. Dies bedeutet z.B., dass Wertpapiere und Anleihen von sanktionierten Unternehmen nicht gekauft werden dürfen, wenn der gezahlte Kaufpreis für das Wertpapier (mittelbar) dem Emittenten zugutekommt.

⁷ Als beteiligte Parteien sind insbesondere Auftraggeber, Begünstigter, ggf. Zweitbegünstigter, alle involvierten Banken (ggf. einschließlich Zessionar), Hersteller (sofern nicht mit dem Auftraggeber identisch), ggf. Zwischenhändler, Endbegünstigter (sofern nicht identisch mit dem Begünstigten) und Notify-Adressen anzusehen.

Depots von sanktionierten Kunden/Geschäftspartnern sind zu sperren (einzufrieren), so dass Verfügungen über die auf dem Depot gehaltenen Wertpapiere zuverlässig verhindert werden.

Bei eingehenden Zahlungen aus Wertpapieren (Rückzahlung bei Fälligkeit, Zinsen, Dividenden etc.) kommen in der Regel Sondervorschriften zum Tragen, die eine Gutschrift der entsprechenden Gelder auf dem eingefrorenen Konto des jeweiligen Kunden/Geschäftspartners zulassen.

